

Erstveröffentlichung:

Lorenz, Astrid, Wandel trotz Annäherung. Eine neue Sicht auf Deutschland, in: dies. (Hrsg.), Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 11-26.

Wandel trotz Annäherung. Eine neue Sicht auf Deutschland

Astrid Lorenz

Zusammenfassung

Die Einleitung zum vorliegenden Band zeigt anhand von Beispielen, dass die Wahrnehmung Deutschlands seit 1990 und die realen Entwicklungen auseinander driften. Die Einheit hat einen umfassenden Wandel ausgelöst oder in seiner Richtung beeinflusst. Trotzdem dominiert eine auf Kontinuitäten abhebende Sichtweise, kombiniert mit einem „Separatblick“ auf Ostdeutschland. Es ist daher Anliegen des Buches, die Prozesse des Wandels trotz Annäherung aufzuzeigen und zu erklären sowie zu prüfen, ob es Ostdeutschland als relevante Raumgröße noch gibt. Der Beitrag resümiert zentrale Erkenntnisse des Bandes und fordert schließlich eine neue Deutschlandforschung, die regionalen Prozessen mehr Beachtung schenkt und die Entwicklung der Bundesrepublik als unabgeschlossen konzeptualisiert.

1. Alte Routinen und unbemerkter Wandel

Der routinegeprägte Blick auf das Befinden Deutschlands seit der Einheit hat sich von den realen Entwicklungen entkoppelt. Er richtet sich schon längst wieder auf die angestammten Probleme und Themenkomplexe: Parteien, Institutionen und Politiken der alten Bundesrepublik, die auf neue externe (Globalisierung, Europa) oder regional unspezifische (Mediendemokratie) Herausforderungen reagieren müssen. Folgerichtig ist die Einheit Deutschlands ein historisches Datum geworden, dessen Folgen, wenn überhaupt, separat und fast ausschließlich in Bezug auf den Osten, kaum aber in seinen Auswirkungen auf den Westen Deutschlands thematisiert werden. Der Status der deutschen Einheit wird dabei regelmäßig als Stand der Annäherung des Ostens an den Westen bilanziert (z.B. Jahresberichte zum Stand der Deutschen Einheit; Jürgs 2009). Diese Perspektive nehmen auch jene ein, die sich in den Parteien für Sonderförderungen Ost oder die spezifische Erwähnung Ostdeutschlands in ihrem Programm stark machen und oft selbst jene, die darüber nachdenken, ob die Berliner noch die Bonner Republik sei.

Die deutsche Einheit zu begrüßen, ist Teil unserer Staatsräson, so wie es vor 1989 der Wunsch nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit war. Dass sie teuer war und es im Osten ökonomische Probleme gibt, Teil des Allgemeinwissens. Ansonsten hält sich die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema in Grenzen,

was auch dem „Separatblick“ der Medien auf Einheit und Ostdeutschland geschuldet ist.¹

Diese Routinen stellen deshalb eine Entfremdung von der Wirklichkeit dar, weil unterhalb der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeitsschwelle wichtige Prozesse stattfinden, die nicht zu den überlieferten Deutungen und Wahrnehmungen passen. In diesem Band zeigen die Autoren, dass der Beitritt der DDR zum bestehenden Institutionensystem der Bundesrepublik Deutschland einen umfassenden gesamtdeutschen Wandel bewirkte oder ihn maßgeblich beeinflusste. *Erstens*, weil die Standardverfahren in anderen Kontexten anders wirken, *zweitens*, weil nach der Euphorie der Einheit alte Phänomene und Probleme des Ostens wie der alten Bundesrepublik in neuem Gewand zurückkehrten und *drittens*, weil Anpassungen an überregionale Herausforderungen der Moderne, darunter die Mediengesellschaft oder Globalisierung, in Deutschland Ost anders erfolgten als in Deutschland West, was wiederum nicht ohne Rückwirkungen auch auf den Westen blieb. Dadurch veränderten sich die politischen Akteursbeziehungen, die Politiken und die Wirkungsweise der Institutionen der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Wandel vor der Haustür war tief greifend, umfassend und vielfältig.

Erst in jüngerer Zeit wird einer breiten politischen Öffentlichkeit bewusst, dass die Einheit nicht nur ein innerer Vorgang war, der die beiden deutschen Teilsellschaften vor bislang nicht gekannte Probleme und Herausforderungen gestellt, sondern weit reichende internationale Konsequenzen hatte. Die Umstände des Beitritts Ostdeutschlands machten die Bundesrepublik außenpolitisch souverän und zwangen sie damit dazu, ihre Position in der Weltpolitik zu überdenken und neu zu justieren. Unter Druck insbesondere der Franzosen erklärte sich Deutschland zur Abtretung umfassender staatlicher Kompetenzen an die entstehende Europäische Union bereit, um die Einheit zu ermöglichen. Beides hatte weitreichende Auswirkungen auf die Rolle der Bundesrepublik in der Welt – einschließlich zuvor undenkbarer militärischer Auslandseinsätze des ehemaligen Kriegstreibers –, auf die Ausgestaltung von Machtverhältnissen im Mehrebenensystem und die kollektive Identität (Glaebner i.d.B.).

Auch die innenpolitischen Wirkungen sind unübersehbar. Trotz seiner Minderheitenposition entschied der Osten mit seinem abweichenden Wahlergebnis mehrfach, wer auf Bundesebene regiert (Beyme i.d.B.). Nur wenige Jahre nachdem bereits die Grünen die Politik unbequemer gemacht hatten und eine Mobilisierungsschwäche der etablierten Parteien einsetzte, mussten diese weiteren Einfluss an einen neuen Akteur links der Sozialdemokraten abtreten, mit dem auf Bundesebene niemand koalieren wollte. Die Wettbewerbssituation im nun „fluiden Fünfparteiensystem“ (Niedermayer 2002) erschwerte Koalitionsbildungen nach altem Muster, förderte die Entstehung von Großen Koalitionen und Minderheitsregierungen – beides in Deutschland lange demokratische Schreckensszenarien –, trug be-

1 Allenfalls in den neuen Ländern gibt es eine etwas „gefühlige“ Berichterstattung über heimische Ereignisse und Geschichte, allerdings oft ohne den Anspruch einer gesamtdeutschen Betrachtung, sondern eher mit dem Ziel der regionalen Verankerung. Die Medien haben letztlich den „Separatblick“ ihrer Konsumenten verinnerlicht.

deutend zur Akzeptanz der Grünen als Partner in Regierungskoalitionen bei und blieb nicht ohne Einfluss auf die politisch-programmatische Ausrichtung der Parteien.

Ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung sah sich gezwungen, den deutschen Sozialstaat zurückzubauen, weil er – auch infolge der deutschen Einheit und ihrer strukturellen Effekte – nicht mehr bezahlbar erschien. Konservative Bundesministerinnen wiederum setzten sich angesichts veränderter gesamtdeutscher Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Doppelerwerbstätigkeit und Familie ein. Gemeinsam verabschiedeten sich Konservative und Sozialdemokraten vom verfassungsrechtlichen Leitziel, in Deutschland einheitliche Lebensbedingungen zu gewährleisten. Dass die deutsche Gesellschaft heute „vielfach gespalten“ (Lessenich/Nullmeier 2006) ist, wurde durch den Beitritt Ostdeutschlands und seine politische Verarbeitung mit vorangetrieben, selbst wenn Differenzen zwischen Ost und West nur eine dieser Scheidelinien markieren.²

Aber auch die Diffusion von Politiken und Institutionen wurde durch die Einheit beeinflusst. So stehen den Bürgern, gepusht durch die Verfassungsdebatten in Ostdeutschland, heute in allen Bundesländern bessere Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf die Politik und der Verfassungsbeschwerde vor Gericht zur Verfügung (Lorenz i.d.B.). Und die anhaltende ökonomische und soziale Kluft zwischen West und Ost „erzwang innerstaatliche und inter-regionale Ressourcentransfers in einer Größenordnung, die neben dem föderativen Gleichgewicht die Strukturen und Funktionsweisen von Politik und Verwaltung verändern.“ Subventionen vom Staat einzufordern, wurde eine verbreitete Strategie auch im Westen (Czada i.d.B.).

Ebenfalls Zeichen des Wandels: Mit Angela Merkel war erstmals eine Frau nicht mehr nur Zählkandidatin für ein bundespolitisches Spitzenamt; sie übernahm es. „Eine Naturwissenschaftlerin als Kanzler, das wäre in Westdeutschland undenkbar gewesen“ (Beyme i.d.B.). Dass die ostdeutschen Unterhändler des Einigungsvertrags Berlin als Hauptstadt durchsetzten, konfrontierte Bundesregierung und Opposition zudem mit den Problemen einer zernarbten, armen, multikulturellen Großstadt anstelle der wohlgeordneten, heilen westdeutschen Provinz. Hätte der Bund sonst eine Kulturförderung in ähnlich großem Umfang beschlossen wie seit 1994 für Berlin, dann 2006 die Finanzierung von Vorhaben zur „Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt“ (Art. 22 GG) in der Verfassung ergänzt oder die Schaffung einer Bundesuniversität in der Hauptstadt erwogen?

Schließlich sind da noch die vielen unerwarteten Effekte des Institutionentransfers nach Ostdeutschland, darunter Effektivitätsprobleme der Wirtschaftsförderung, Kontinuitäten trotz Institutionentransfers und der Bedarf, parallel auf die überregional veränderten Rahmenbedingungen für Politik und Gesellschaft zu reagieren. Hierfür gibt es bereits eine umfassende Literatur.

2 Im Band von Jessenich und Nullmeier werden neben anderen beispielsweise die Spaltungslinien zwischen arm und reich, Eltern und Kinderlosen, Links und rechts, Gläubigen und Ungläubigen behandelt.

Der Beitritt der DDR erschöpfte sich demnach nicht in einer Annäherung des Ostens an den Westen. Es stimmt keineswegs, dass die westdeutschen Staatsprinzipien nun unhinterfragt gelten, weil „kein vermeintlich akzeptables Alternativmodell mehr verfügbar“ ist; dass das Nachdenken über Reformen der sozialen Marktwirtschaft bundesdeutscher Art „nicht länger als aufgeklärt erscheint“ oder dass „der Verfassungspatriotismus nicht mehr als Surrogat eines wegen der Teilung schwer möglichen Nationalbewusstseins dienen muss, sondern zu dessen Gussform zu werden vermag“ (Oberreuter 2010: 327f.). Die Beiträge in diesem Buch verweisen vielmehr darauf, dass die vielfachen Phänomene des Wandels in ganz Deutschland zum Nachdenken über die Angemessenheit von Institutionen, Politiken und Theorien für die Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts anregen sollten – immerhin wurden sie unter ganz anderen Verhältnissen geschaffen – und dass Ostdeutschland mittlerweile ein diffuser Raum geworden ist.

2. Wandel trotz Annäherung: Anliegen und die Gliederung des Bandes

Dafür, auch solche Phänomene systematisch zu beobachten, für die Politik und Öffentlichkeit noch kein Bewusstsein haben und Medien nicht ihre Titelseite freiräumen, gibt es die Wissenschaften. Komplexe Sachverhalte zu sortieren und zu erklären, ist ihre Spezialität. Dank Unterstützung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gelang es, 2010 in Berlin eine mehrtägige Konferenz zum Thema Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften durchzuführen (Clucas u.a. 2010) und in Weiterentwicklung der dortigen Diskussionen diesen Band herauszugeben.

Alle seine Beiträge kreisen um das Phänomen eines deutschen „Wandels *trotz* Annäherung“ – eine Beobachtung, die den Hauptkonflikt der deutschlandpolitischen Konzepte vor 1989 für den Zeitraum seit 1989 variiert. Insbesondere die konservativ-liberalen Bundesregierungen betrachteten die Bundesrepublik als einzig legitime Nachfolgerin des Deutschen Reiches, lehnten eine Anerkennung der DDR ab und strebten die Wiederherstellung der deutschen Einheit an. Die sozialliberale Koalition folgte später dem Motto Wandel durch Annäherung. Da „jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos“ sei, so die Annahme, ließen sich Veränderungen im Osten nur ausgehend von den faktischen Gegebenheiten in der DDR erreichen. Dazu zählten verbesserte Handelsbeziehungen, um das materielle Wohl der Menschen zu erleichtern und der Staatsführung die Angst vor einer Lockerung der Grenzbestimmungen zu nehmen. So könne man trotz Akzeptanz einer vorübergehenden Koexistenz zweier deutscher Staaten auf die Wiedervereinigung hinarbeiten (Bahr 1973; Brandt 1973: 129).

Keines der beiden konkurrierenden Zukunftskonzepte zog aber in Erwägung, dass die größtmögliche Form der Annäherung der deutschen Staaten, der Beitritt der DDR zum westdeutschen Institutionensystem, einen umfassenden ökonomi-

schen, politischen und sozialen Wandel in *ganz* Deutschland befördern oder ihn beeinflussen würde und dass im Osten zeitgleich zur Annäherung nicht-einigungsbedingte Veränderungen stattfänden, die wiederum die Art der Annäherung beeinflussen würden. Auf eben diesen Wandel trotz Annäherung spielt der Titel dieser Einleitung an.

Inhaltlich verfolgt der Band zwei Anliegen: Das erste besteht darin, Informationen und Deutungen bereitzustellen, um die Wandlungsprozesse besser erkennen und verstehen zu können. Das zweite Anliegen besteht darin auszuloten, was Ostdeutschland überhaupt ist, wo der beschriebene „Separatblick“ sinnvoll sein kann, wo aber auch seine Grenzen liegen. Ist das Gebiet der neuen Länder ein Raum mit homogenen Besonderheiten oder aber zwei Jahrzehnte nach der Einheit als eigener Gegenstand gänzlich obsolet? Politikwissenschaftler, Soziologen und Volkswirte richten sich mit ihren Analysen an das Fachpublikum wie an die interessierte Öffentlichkeit, wollen die Neugier für Phänomene jenseits der Wahrnehmungsroutinen wecken.

Das erste Kapitel des Buches liefert unter der Frage „Alles im Blick?“ zeithistorische und wissenschaftsbezogene Bestandsaufnahmen Gesamtdeutschlands. Es ruft Entwicklungslinien der alten Bundesrepublik und der DDR in Erinnerung, die den Gang und die Dynamik des historischen Umbruchs von 1989/90 und die Entwicklung des vereinten Deutschland wesentlich beeinflusst haben. Warum wurde das Staats- und Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik zum Vorbild für Ostdeutschland und Grundlage des vereinten Deutschland und welche „Erbschaften“ der DDR und der Bundesrepublik wirkten über die Einheit hinaus, so in Bezug auf die Nationsbildung (Glaeßner i.d.B.)? Klaus von Beyme legt die Vorzüge des ostdeutschen Systemwechsels gegenüber anderen Demokratisierern dar und zeigt, wo der Osten seiner Ansicht nach zum Vorreiter des Westens werden kann.

Schließlich informiert das Kapitel darüber, wer wo zu Ostdeutschland forscht, auf wessen Befunde sich die Autoren des Bandes also stützen. Diese Forschung zu Ost- und Gesamtdeutschland widmet sich klassischen sozioökonomischen Themen, der politischen Transformation und kulturellen Phänomenen. Viele Studien werden an Universitäten durchgeführt, in Halle und Jena beispielsweise am Sonderforschungsbereich „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“, der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Es finden aber auch viele Kooperationen zwischen der eher grundlagenorientierten universitären und der eher anwendungsorientierten außeruniversitären Forschung statt (Nölting/Krüger i.d.B.). Ein Teil der Forschungen definiert ihren Gegenstand über die Region, ein anderer Teil definiert ihn mittels einer übergeordneten theoretischen Fragestellung – etwa nach den Einflussfaktoren für die Genese und den Zerfall von Ordnungen – und untersucht unter dieser Fragestellung Ostdeutschland oder die neuen Länder als Fälle neben anderen.

Das zweite Kapitel beantwortet die Frage „Alles eins?“ in sieben Aufsätzen zu unterschiedlichen Themen, die für die Funktionsweise der deutschen Demokratie essenziell sind. Sie geben einen Überblick darüber, was wir über Ost- und Gesamtdeutschland wissen. Die Beiträge widmen sich den ostdeutschen Landesverfassungen als dynamische Integrationsstifter (Lorenz i.d.B.), Wahlen und Parteien

(Jesse i.d.B.), den Strukturen und Einstellungen der politischen Eliten (Best/Vogel i.d.B.), der Effektivität wirtschaftspolitischer Interventionen (Ragnitz i.d.B.), dem Verbleib sozioökonomischer Spezifika in den neuen Ländern (Kubis u.a. i.d.B.), den Einstellungen, der (A-)Religiosität und politischen Kultur der deutschen Bevölkerung (G. Pickel i.d.B.) sowie der „Frauenfrage“ in Ost und West in bezug auf Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik (Nickel i.d.B.).

Das Besondere an diesen Beiträgen ist, dass sie einerseits von Ostdeutschland bzw. den neuen Ländern *wegblenden*, das heißt die Prozesse im Vergleich zu den alten Ländern und zu anderen Systemwechselstaaten bewerten, und dass sie andererseits oft *heranblenden*, das heißt auch regionale Differenzen innerhalb der Länder berücksichtigen. Auf Basis dieser systematischen empirischen Beobachtungen lassen sich dann folgende Fragen beantworten: Wie viel Spezifisches weisen die neuen Bundesländer heute noch auf? Wo fand ein Wandel trotz Annäherung statt? Wo sind ostdeutsche Spezifika also eher als Relikte zu bewerten und wo als Phänomene, wie sie künftig auch für Gesamtdeutschland oder alle Demokratien zu erwarten sind? Wie wirkten einheitsbedingte Prozesse auf Gesamtdeutschland?

Das nachfolgende Kapitel befasst sich unter der übergeordneten Frage „Alles logisch?“ mit der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung. Dass das Verharren in Routinen auch in der Wissenschaft zu Fehlwahrnehmungen führen kann, zeigten etliche Fehlprognosen kurz nach der Einheit, etwa hinsichtlich der Zukunft der PDS (heute Linke). Ihr wurde bis Mitte der 1990er Jahre vorhergesagt, dass sie lediglich ein Dasein als Regionalpartei fristen und über kurz oder lang von der politischen Bühne verschwinden werde. Heute besteht sie nicht nur – wenngleich in veränderter Form und begünstigt durch weitere Faktoren (siehe unten) – weiter, sondern sitzt im Bundestag, in acht von elf westdeutschen Landtagen; das Schicksal von Landesregierungen hängt, wie in Nordrhein-Westfalen, von ihrer Unterstützung ab. Insofern hat sie, wie erwähnt, die politischen Kräfteverhältnisse, Koalitionsmöglichkeiten und damit auch die Regierungsfähigkeit der Bundesrepublik stark verändert (Jesse i.d.B.). Solche Irrtümer zeigen den Bedarf an, theoretisch-konzeptionelle Grundannahmen immer wieder kritisch zu hinterfragen.

Die Beiträge des Kapitels verfolgen die entsprechenden Wege der Transformationsforschung, die sich zunehmend vom regionalen Gegenstand löst und der globalen Transformation widmet (Thumfart i.d.B.), diskutieren die Erkenntnisse für die Verfassungstheorie (Vorländer i.d.B.), den Nutzen des „evolutionären Institutionalismus“ für die Erklärung der Entwicklung von Parlamenten (Patzelt i.d.B.) und die analytischen Fehlstellen von Theorien institutionellen Wandels (Kollmorgen i.d.B.). Dieter Segert beobachtet die Rückkehr des Krisenbewusstseins als Trends der Demokratisierungsforschung, Roland Czada diskutiert, welche Rückschlüsse sich aus der Entwicklung Deutschlands seit 1990 zum Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ziehen lassen, Hartmut Rosa und Steffen Schmidt entwickeln im Dialog zwischen soziologischer Theorie und empirischen Transformationsstudien ein Modell zur Erklärung sozialen Wandels.

Diese Aufsätze sind aus zwei Gründen für eine breite Leserschaft interessant. Zum einen, weil viele von ihnen den Anspruch erheben, generelle Diagnosen für

Gegenwartsgesellschaften oder Erklärungen für überregionale Phänomene zu liefern, zum anderen, da sie folgerichtig den Anschluss an die übergeordnete Theorieentwicklung pflegen. Sie liefern Hinweise darauf, ob die analytischen Werkzeuge ausreichen, um politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Phänomene zu erklären, inwiefern sie an eine Region gebunden sind und mit welchen Fragestellungen man Ost- und Gesamtdeutschland künftig am besten in den Blick nehmen sollte.

Das vierte Kapitel thematisiert unter dem Rubrum „Alles erfasst?“ methodische Probleme der Forschung zu (Ost-)Deutschland und die Kunst, die richtigen Fragen zu stellen. Die Beiträge zeigen, welche Daten Forschern und Öffentlichkeit überhaupt zur Verfügung stehen, um Erkenntnisse über Deutschland zu gewinnen, an der richtigen Stelle zu suchen und relevante Trends zu erkennen (S. Pickel i.d.B.), wie man der Wahrheit methodisch am besten auf die Spur kommt (S. Pickel, Heinsohn/Freitag i.d.B.), inwiefern die Standardverfahren der Forschung einer an die Gegebenheiten moderner Gesellschaften angepassten Rundumerneuerung bedürfen (Schwarz i.d.B.). Peer Pasternack proklamiert, dass der Problemvorsprung in ostdeutschen Regionen zum Problemlösungsvorsprung der dort ansässigen, interdisziplinär anschlussfähigen Sozialwissenschaften werden kann, Martina Weyrauch beschreibt, dass die Mittler politischer Bildung in Ostdeutschland nach Erkenntnissen der sozialwissenschaftlichen Forschung dürsten.

Da es angesichts des umfassenden und differenzierten Wandels keinen Grund gibt, die Forschung zu Ostdeutschland, zu Gesamtdeutschland und zu modernen Demokratien zu beenden, schließt der Band nicht mit einem Resümee, sondern mit einer Sammlung offener Fragen, die konkreten Anlass dafür bieten, sich weiter mit Ostdeutschland, den neuen Ländern und den Einflüssen Ostdeutschlands auf die deutsche Demokratie zu beschäftigen. Der Anhang informiert darüber, wo und durch wen Forschung betrieben wird, die hierfür Expertise bietet.

3. Diverser Wandel! Deutschland unter der Lupe

Die deutsche Einheit brachte zwei Staaten zusammen, deren Politiker und Bürger weit weniger miteinander teilten, als sie vermuteten (Glaeßner i.d.B.). Klaus von Beyme betont, dass der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik viele Vorteile für Ostdeutschland hatte, zum Beispiel ein – im Vergleich zu Osteuropa – relativ stabiles Parteiensystem, relativen Wohlstand, den sofortigen Zugang zum europäischen Binnenmarkt ohne die umfassenden Auflagen für den Institutionenumbau, den die EU den osteuropäischen Beitrittskandidaten machte (Beyme i.d.B.). Dennoch schuf die Erwartungsfolie der idealisierten alten Bundesrepublik Enttäuschungen (Segert, Kollmorgen i.d.B.).

Tatsächlich war eine Wirkungsweise der Institutionen analog zur alten Bundesrepublik nicht vorherbestimmt. Dass sich diese zu einer stabilen marktwirtschaftlichen Ordnung und politischen Demokratie entwickeln konnte und dadurch

1989/90 als Modell für die DDR und ein wiedervereinigtes Deutschland diene, lag, so Gert-Joachim Glaeßner, unter anderem an ihrer Einbettung in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft, massiver Aufbauhilfe und dem Wirtschaftswunder, das zusammen mit einem guten politischen Institutionensystem die Deutschen zu Demokraten machte. Nach der Einheit hatte Deutschland weniger Glück: Das Wirtschaftswunder als wichtiger Katalysator für den Erfolg der bundesdeutschen Demokratie blieb in Ostdeutschland bisher aus.

Gleichzeitig fiel mit dem Ende der Teilung eine weitere Randbedingung der Stabilität des westdeutschen Institutionensystems weg – der Reflex, Kritik an der bundesdeutschen Ausgestaltung der Demokratie und Marktwirtschaft mit Verweis auf das abschreckende sozialistische Konkurrenzmodell abzutun. Die Blockkonfrontation hatte die bundesdeutsche Demokratie insofern lange indirekt stabilisiert und Reformwillen gedämpft. Ostdeutschlands Beitritt setzte diesen Mechanismus außer Kraft (Glaeßner i.d.B.). Angesichts der beobachteten subkutanen Unzufriedenheit der Bevölkerung in Ost und West mit der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland scheint dies relevant. Die Distanz zwischen den gewählten Eliten und der von ihnen repräsentierten Bevölkerung ist bei den ostdeutschen Eliten noch größer als bei den westdeutschen (Best/Vogel i.d.B.), doch manche Trends des Einstellungswandels entfalten sich in Ostdeutschland nur schneller als in Westdeutschland (u.a. Best/Vogel, S. Pickel und G. Pickel i.d.B.).

Viele Beiträge dieses Bandes beobachten gerade auf der Einstellungsebene neben Annäherungen des Ostens an den Westen fortbestehende Differenzen sowie Annäherungen des Westens an den Osten. So befürworten Ost- und Westdeutsche klar die Demokratie, doch setzen die Ostdeutschen auf mehr Bürgerbeteiligung und Basisdemokratie, wählen weniger parteigebunden, zeigen weniger Vertrauen in die traditionelle Institutionen der Parteiendemokratie und beteiligen sich weniger an Wahlen (Beyme i.d.B.). Jedoch ist der hohe Anteil an Wechselwählern längst keine ostdeutsche Besonderheit mehr (Jesse i.d.B.). Ein großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung interpretiert den Begriff der Demokratie viel stärker im Sinne eines egalitären und direktdemokratischen Modells als die westdeutsche. Aber auch Westdeutsche fordern zunehmend breitere Möglichkeiten der politischen Partizipation. Und die Frage „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“ beantworten heute 15 Prozent mehr Westdeutsche als noch 1990 mit Ja (30 Prozent 1990 bzw. 45 Prozent 2010), so dass die Befürwortung in Gesamtdeutschland 2010 bei 53 Prozent (Ostdeutschland 74 Prozent) lag (S. Pickel i.d.B.). Dies widerlegt den angestammten Verdacht, dass eine entsprechende Auffassung nur vertritt, wer die DDR gut fand oder sich zurückwünscht, wie dies zunächst bei Ostdeutschen interpretiert wurde.

Auch unter den westdeutschen politischen Eliten stieg der Anteil an Befürwortern staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft deutlich, wobei sich die westdeutschen Bundestagsabgeordneten dem Niveau ihrer ostdeutschen Kollegen annähernten. Sie wandelten sich auch in anderer Hinsicht merklich: Während sich die ostdeutschen politischen Repräsentationsebenen trotz des Beitritts der DDR zu einem weitgehend unveränderten politischen System zunehmend gut integriert fühlen und

die repräsentativen Institutionen der Demokratie loyal tragen,³ nimmt bei den westdeutschen Abgeordneten das Integrationsgefühl und die Zufriedenheit ab (Best/Vogel i.d.B.).

In Bezug auf das Verhältnis zu Religion und Kirche ist hinlänglich bekannt, dass es sich im Osten vom Westen unterscheidet. Dass die Ostdeutschen kirchenfern sind, wurde als Ursache für viele Missstände bewertet, so für die Anfälligkeit für Populismus und Extremismus. Jedoch fand auch hier längst ein gesamtdeutscher Wandel statt, der durch die Einheit an empirischer Relevanz gewann. Erwartet wird eine Angleichung der westdeutschen Einstellungen an die Kirchenferne in Ostdeutschland, wobei Gert Pickel beobachtet, dass Areligiösität nicht per se problematisch für die individuelle und kollektive Identität sein muss (wie oft vermutet), sondern sogar zu einer positiven Identitätskonstruktion beitragen kann. Über ihre Nähe zu den großen Parteien waren die Katholische und die Evangelische Kirche in (West-)Deutschland traditionell in alle wichtigen politischen Prozesse indirekt einbezogen. Welche politisch-institutionellen Implikationen wird es künftig haben, wenn bereits heute mehr als ein Drittel der Bevölkerung nicht mehr diesen beiden Kirchen angehört?

Der gesellschaftliche Wandel stellt latent den Fortbestand politischer Leitkompromisse infrage. Hildegard Maria Nickel zeigt, dass in den alten Ländern das männliche Ernährermodell erodiert und die Lebenschancen wie auch die soziale Absicherung von Frauen und Männern zunehmend von ihrer beider Teilhabe an der Erwerbsarbeit abhängen. Insofern komme es, was das Geschlechterverhältnis betrifft, zu einer ‚nachholenden Modernisierung‘ im Westen. Der Anteil der Vollzeit-erwerbstätigen Mütter in Westdeutschland liegt zwar bislang noch deutlich unter den ostdeutschen Verhältnissen, doch der Trend steigt (siehe auch Kubis u.a. i.d.B.). Darauf sind die Anforderungen der Arbeitswelt und die soziale Infrastruktur jedoch nicht vorbereitet. Berufstätige Frauen sind besonders häufig in schlecht bezahlten und befristeten Arbeitsverhältnissen angestellt. Dies hatte und hat massiven Einfluss auf die Familienplanung, die demografische Struktur der Gesellschaft und den Fortbestand des Generationenvertrages zur Alterssicherung.

Die Paradigmen der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik haben sich durch den Beitritt Ostdeutschlands deutlich verschoben, jedoch nicht einheitlich. Der Beitritt verschonte zunächst westdeutsche Unternehmen durch die Vergrößerung des Binnenmarktes von den Auswirkungen der Globalisierung, als andere Volkswirtschaften bereits darunter litten. Gleichzeitig betrieben Bund und Länder eine Transferwirtschaft Ost und entwickelten sich hier zu einem Interventionsstaat, der tief in die Wirtschaft und damit auch in die Gesellschaft eingreift (Czada i.d.B.). Die Methoden der Steuerung waren jedoch nicht neu, vielmehr wurden trotz abweichender Voraussetzungen altbekannte Konzepte der Regionalpolitik genutzt: klassische Investitions- und Innovationsförderung, Infrastrukturausbau und Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Diese Instrumente erwiesen sich als nur begrenzt nützlich, um eine ähnliche Wirtschaftslage und ähnliche Lebensver-

3 Für die Abgeordneten der Linken gelten jeweils niedrigere Werte.

hältnisse zu schaffen wie in den alten Ländern (Ragnitz i.d.B.). Angesichts der massiven Wohlstandsunterschiede und gewissermaßen als Einsicht in die eigene Überforderung schwächten 1994 Bundestag und Bundesrat ihre Verfassungsverpflichtung zur Sicherung einheitlicher Lebensverhältnisse auf eine Bereitstellung nur mehr gleichwertiger Lebensverhältnisse ab – was selbstverständlich für *ganz* Deutschland gilt. Als auch die deutschen Unternehmen nach beitriffsbedingter Verzögerung die Effekte der Globalisierung spürten und die immensen Kosten der Einheit sichtbar wurden, entstand ein Krisenszenario, das es den Regierungsparteien erleichterte, politische Zustimmung zu weitreichenden politischen Reformen auf Bundesebene zu mobilisieren, deren Leitmotive Standortsicherung und schlanker Staat waren.

Dass sich ausgerechnet aus der Nachfolgepartei der „führenden Partei“ der DDR, der PDS, überraschend eine politische Kraft formierte, die sich dauerhaft links von der SPD etablierte, war eine Reaktion auf die gewandelte Wirtschafts- und Sozialpolitik der großen Parteien, besonders der SPD. Die Linke repräsentiert, wie empirische Studien zeigen, nicht (mehr) nur ostdeutsche Interessenlagen, sondern gesellschaftliche Präferenzen, die in ganz Deutschland vertreten sind (Best/Vogel i.d.B.) und ihre Wählerschaft hat sich „selbst im Westen in einem für nicht möglich gehaltenen Maße erweitert“ (Jesse i.d.B.). Unter dem Eindruck sozialer Verwerfungen trotz hoher Unternehmensgewinne und des Wettbewerbsdrucks von links wurde die Verringerung der sozialen Ungleichheit unter den politischen Eliten „mit einem sprunghaften Zuwachs innerhalb der letzten sieben Jahre zum mit Abstand wichtigsten Politikziel und verdrängte dabei die Förderung des Wirtschaftswachstums von diesem Platz“ (Best/Vogel i.d.B.).

Auch der Übergang zur Mediengesellschaft mit ihren spezifischen Effekten war ostdeutsch beeinflusst. Die staatskeptischen Ostdeutschen konsumierten viel stärker den privaten Rundfunk als das öffentlich-rechtliche Fernsehen und förderten so seinen Boom und die gesellschaftliche Etablierung in den 1990er Jahren. Anna Schwarz weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass die Bedeutung der (privaten) Massenmedien für die Informationen, die die Bürger von der Welt haben, zunimmt. Dies leistet einer strukturierenden Wirkung der Medienrationalität auf die Sicht auf die Welt, auf gesellschaftliche Teilgruppen und die politische Kultur Vorschub. Mehr noch: Personalisierung, Zuspitzung, Krisenberichterstattung setzen die Politik unter Entscheidungs- und Inszenierungsdruck. „Schnellschüsse“ und massive Aufwendungen für die Darstellung politischen Handelns zulasten der Entwicklung politischer Entscheidungen sind die Folge.

Die Beiträge im Band schildern solche und andere Phänomene des Wandels Ostdeutschlands und Gesamtdeutschlands und der Funktionsweise seiner Demokratie. Sie erzählen die deutsche Gegenwartsentwicklung nicht neu. Selbstverständlich veränderte nicht nur der Osten den Westen. Werner Patzelt zeigt beispielsweise in seinem Aufsatz, wie der Aufbau des Parlamentarismus in den neuen Ländern über die Nutzung „institutioneller Blaupausen“ aus dem Westen funktionierte. Alle Beiträge berichten über Annäherungen „des Ostens“ an „den Westen“. Nur lassen sie in ihrer Summe eben auch Annäherungen „des Westens“ an „den

Osten“, die Rückwirkungen dieser Entwicklung (und anderer Phänomene) auf den Zustand der gesamten deutschen Demokratie sowie Wechselwirkungen mit anderen Auslösern des Wandels erkennen. Viele aktuelle Probleme der Bundesrepublik setzten bereits vor der Einheit ein (etwa die Abnahme der Parteibindungen, Finanzprobleme der Bundesländer), wurden aber durch die Einheitseuphorie und Ereignisse des letzten Jahrzehnts überschattet und Problemlösungen verschoben. Dieser Blick, der Ostdeutschland nicht separiert, sondern mit anderen Regionen vergleicht und zum Teil des Ganzen macht, zeichnet die Beiträge des Bandes aus.

4. Laboratorium, Auslaufmodell, Konstrukt? Das schillernde Objekt Ostdeutschland

Wenn man Ostdeutschland nicht separat denkt, sondern im Kontext allgemeiner Entwicklungen verortet und gleichzeitig für allgemeine Entwicklungen die Relevanz der Einheit als Erklärungsfaktor prüft, dann ist Ostdeutschland kein eindeutig umreißbares Untersuchungsobjekt, sondern sein Verständnis wird so schillernd wie die empirische Gemengelage. Dies zu sondieren ist, wie erwähnt, das zweite große Thema des Buches.

Während Wohlstandsverteilung, Wahlbeteiligung, Wählerstimmenanteile von Grünen beziehungsweise Linken, Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern oder Kirchenmitgliedschaften unverkennbar die politische Landkarte bis 1989 abbilden (vgl. Czada, S. Pickel, Kubis u.a., Nickel i.d.B.), differenzierten sich politische und religiöse Einstellungen, kollektive Identitäten, Lebensentwürfe, Parteipräferenzen in West und Ost uneinheitlich aus. Ostdeutschland umfasst „Prosperitätsinseln“ neben „Abschwungkorridoren“ (Pasternack i.d.B.). In den neuen Ländern gibt es unterschiedliche parteipolitische Kräfteverhältnisse und entsprechend unterscheiden sich innerhalb Ostdeutschlands die politischen Entscheidungen und eingeschlagene Entwicklungspfade (Jesse i.d.B.). Eine Umkehr dieser Entwicklung von Ausdifferenzierung und Regionalisierung ist unwahrscheinlich.

Bestimmte Besonderheiten lassen Ostdeutschland oder die neuen Länder als hochinteressantes *Laboratorium* für die Erprobung des Umgangs mit gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen Phänomenen erscheinen, die teilweise so auch in den alten Ländern und anderen modernen Gesellschaften auftreten oder auftreten werden. Aufgrund des Wandels trotz Annäherung ist Ostdeutschland als definierte Großregion bei vielen Themen aber auch ein *Auslaufmodell*. Viele empirische Gegebenheiten verlieren ihren regional gebundenen Charakter, alte Gemeinsamkeiten der fünf Länder untereinander schmelzen ab. Einige Autoren betrachteten Ostdeutschland in bestimmten Bereichen von Anfang an als *Konstrukt*, das auf Zuschreibungen von Eigenschaften durch Außenstehende basiert, die dann zu Effekten bei den Betroffenen führten.

Aus diesen unterschiedlichen Gegebenheiten folgen spezifische Schlussfolgerungen für die sozialwissenschaftliche Theorieentwicklung und Methodik.

Die Laborsicht auf Ostdeutschland will den günstigen Umstand ausnutzen, dass bestimmte Phänomene dort beziehungsweise in einzelnen Regionen unter (in bestimmten Bereichen und in Maßen) ähnlichen Rahmenbedingungen stattfinden. Sie gestatten es zu beobachten, was passiert, wenn unter diesen ähnlichen Rahmenbedingungen die Ausprägung einer Variablen geändert wird. Dies trägt zur Identifikation von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen sowie bester Praktiken und Strategien bei.

Ein Beispiel für eine günstige Laboranordnung ist das Nebeneinander eines weitgehend unveränderten politischen Institutionensystem auf Bundesebene und neuer beziehungsweise veränderter Landesinstitutionen. Die ostdeutschen Landesverfassungen wurden unterschiedlich häufig geändert, stimmten aber darin überein, dass sie den Vorstellungen der regionalen Bevölkerung von Anbeginn oft besser entsprachen als das Grundgesetz, dass ferner die alten Eliten in die Verabschiedung von Verfassungsänderungen einbezogen wurden und vor den Verfassungsgerichten oft Recht erhielten. Die Identifikation mit den Bundesländern ist im Osten stärker ausgeprägt als in den alten und trotz institutioneller Präferenzunterschiede überwiegt die Zustimmung zum Grundgesetz. Daher lässt sich vermuten, dass die Länder eine wichtige Vermittlungsebene zwischen Bundesebene und Bürgern sind, die Integrationsdefizite der Bundesebene zu kompensieren und zu überbrücken hilft (Lorenz i.d.B.). Die Rolle ostdeutscher Landespolitiker wurde ähnlich interpretiert, da die normative Integration der Eliten auf Landesebene weiter fortgeschritten sei (Best/Vogel i.d.B.). Diese Beobachtungen und Vermutungen zur Bedeutung der subnationalen Ebene sind ein wichtiger Impuls für die Föderalismusforschung.

Ein anderes im Buch besprochenes Beispiel dafür, wie die Entwicklung Ostdeutschlands als Laborexperiment betrachtet werden kann, betrifft die Effekte von Migration: Rund 2,7 Millionen Ostdeutsche wanderten seit 1990 nach Westdeutschland und erweisen sich somit als besonders mobile Arbeitskräfte. Dies gestattete es zu beobachten, wohin die gesamtdeutsch und europäisch gewünschte Mobilitätspolitik führen kann: Die Geburtenzahl sank, die Bevölkerung wird älter und in vielen Regionen entwickelt sich keine Mittelschicht, die für viele wirtschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische Prozesse in der Demokratie wichtig ist (Kubis u.a. i.d.B.).

Raj Kollmorgen plädiert dafür, besonders den „kreativen Institutionenwandel“ in den neuen Ländern „jenseits des Modells Deutschland“ stärker zu untersuchen, um „das Verständnis der Variabilitäten und Entwicklungsrichtungen der politisch-administrativen und weiter politisch-ökonomischen Governance-Strukturen in der Bundesrepublik insgesamt“ zu verbessern. Dieter Segert ist der Ansicht, dass der ostdeutsche „Extremfall“ der postsozialistischen Transformation, „in dem externe Unterstützung, der Elitenwandel, eine günstige soziale Umgebung radikaler, rascher oder umfangreicher als in den osteuropäischen Vergleichsfällen ausgeprägt waren“, schon früher als kontrastierender Fall in Vergleiche der postsozialistischen Transformationsfälle hätte einbezogen werden müssen, um „einige der theoretischen Verkürzungen, ideologischen Blindstellen und alltäglichen Vorurteile der Transformationsdiskurse nach 1989“ von vornherein zu vermeiden.

Till Heinsohn und Markus Freitag betonen hingegen das Abschmelzen ostdeutscher Besonderheiten. Die west-östliche Institutionenleihe und der Elitentransfer nach 1989 hätten keineswegs zu einer deckungsgleichen Übertragung politisch-institutioneller Konfigurationen geführt. Die Heterogenität der neuen Länder deute darauf hin, dass „Ostdeutschland“ aus vergleichender subnationaler Perspektive keine gewinnbringende sozialwissenschaftliche Kategorie mehr darstelle. Dies heißt nicht, dass der Fall für die Wissenschaft „verloren“ sei. Im Gegenteil sei es ein Glücksmoment für empirische Forscher, dass mit der Gründung der fünf neuen Länder gar gleich fünf weitere Untersuchungsfälle zur Verfügung stünden und das Risiko von Fehlinterpretationen senken. Der Vergleich von ostdeutschen und allen Ländern und deren Regionen könne vertiefende Einsichten leisten.

In ähnlicher Weise lassen sich die Ausführungen zu abschmelzenden ostdeutschen Besonderheiten bei sozioökonomischen Strukturproblemen durchaus mit dem Gedanken der „Laborsicht“ auf die neuen Länder verknüpfen. Joachim Ragnitz geht davon aus, dass die fortbestehenden Wirtschaftsprobleme in den neuen Ländern zwar besonders auffallen mögen, aber „inzwischen nicht mehr primär der deutschen Teilung beziehungsweise den Umständen der Vereinigung zuzuschreiben sind, sondern ähnliche Ursachen haben wie die Probleme strukturschwacher Regionen in Westdeutschland auch“ (Ragnitz i.d.B.). Dies vergleichend zu prüfen und zu untersuchen, ist hochrelevant, um Ursachen und Effekte von Disparitäten zwischen schrumpfenden Regionen, wie dem Ruhrgebiet, und prosperierenden Wachstumszentren, wie Baden-Württemberg, zu ergründen oder Konzepte zu entwickeln, wie die Europäische Union mit ökonomischen und fiskalischen Disparitäten zwischen ihren Mitgliedsländern umgeht. Jede Transferunion, so Czada, erzeugt schließlich „nicht nur ein ökonomisches Verteilungs-, sondern über kurz oder lang auch ein politisches Legitimationsproblem.“

Auch Werner J. Patzelt stellt heraus, dass ungeachtet der Unterschiede im Detail die Parlamente der neuen Länder ihren westdeutschen Gegenstücken doch hinsichtlich der Ausfüllung ihrer Funktionen im politischen System glichen. Er spricht von Erfolgsgeschichten. Die Landesparlamente hätten weitestgehend stabile und handlungsfähige Regierungen ins Amt gebracht und im Amt gehalten, die Regierungen verlässlich kontrolliert, hilfreiche Gesetzgebung bewerkstelligt und ihre politischen Systeme mit der Gesellschaft vernetzt. Diese Erfolgsgeschichte parlamentarischer Institutionalisierungsprozesse erklärt er mit dem Theorieansatz des „Evolutorischen Institutionalismus“, der gut geeignet sei, um die Entwicklung der Parlamente in Ostdeutschland und eigentlich in allen Demokratisierungsprozessen, die anhand von Blaupausen erfolgen, zu erklären. Hier wird also die universelle Anwendbarkeit einer bestimmten, komplexen Theorie auch für andere Regionen angenommen.

Für die Erforschung Ostdeutschlands als Konstrukt spielt die Analyse von Medien und Diskursen eine wichtige Rolle. Die Medien, so Anna Schwarz, sind als Verbreiter von Konstruktionen des Andersseins hochrelevant. Besonders wenn die aus westdeutscher Sicht vorgenommenen Charakterisierungen Ostdeutscher als negativ oder unzutreffend wahrgenommen werden, wie in Bezug auf Autoritarismus, Jammerei, Fremdenfeindlichkeit (unter Verweis auf Ahbe 2004: 21, siehe auch

Pates/Schochow 2011) und wenig Zuschreibungen von Erfolgsgeschichten und Innovationspotentialen beinhalten, dann kann dies zu kollektiven Selbstabgrenzungen führen (Schwarz i.d.B.). Sie wurden dann teils durch einen besonderen Bezug auf Positives, z.B. die eigene Herbeiführung des revolutionären Untergangs der DDR, gestärkt und führten erst zu einem typischen landsmännischen beziehungsweise „Ost-Stolz“, so Martina Weyrauch.

Auch Czada beobachtet, dass sich in Ostdeutschland manche Vorstellungen guter Politik und Einstellungen zum politischen System erst *nach* der Einheit in Reaktion auf deren Ablauf und Effekte herausbildeten, wobei weniger die realen Verhältnisse Unzufriedenheit verursachten, „sondern ein Vereinigungsdiskurs, in dem der Abstand zum Westen der Bundesrepublik ständig thematisiert wird“. Während er jedoch v.a. darauf abhebt, dass die Ostdeutschen „Einheit“ mit „Einheitlichkeit“ verwechselten und daher – unter Einfluss falscher Wohlstandsversprechen von Politikern – falsche Erwartungen entwickeln, betont Kollmorgen, dass Begriffe „wie ‚verlorener Osten‘, ‚industrielle Brache‘, ‚vormoderne Mentalitäten‘ oder ‚Fremdenfeindlichkeit‘“ nicht von Ostdeutschen selbst erfunden wurden, sondern ihnen von fremden westlichen Akteuren zugeschrieben wurden. Dies implizierte „das Gegenüber des Westens als Norm und das des Ostens als Abweichung“ und habe den politischen Institutionentransfer gestützt oder seinen Bedarf „sogar erweitert reproduziert“. Kollmorgen will die Analyse dieser Konstruktion von „Subalternitätsdiskursen“ daher zusätzlich mit dem Problem der Macht- und Herrschafts(re)produktion im ostdeutschen Institutionenwandel verknüpft wissen.

Susanne Pickel stellt heraus, wie sehr unser Blick auf Deutschland Ost, West oder Gesamt von der Zuverlässigkeit, Gültigkeit und Angemessenheit der zur Verfügung stehenden Daten abhängt. Problematisch sei, dass Ostdeutschland als Untersuchungskategorie inzwischen immer weniger in Datensätzen auftauche. Seine Qualität als Laboratorium oder Konstrukt lässt sich mithin oft nicht sicher bestimmen. Gleichzeitig plädiert Pickel dafür, anstelle reiner Ostdeutschlandexpertisen Ostdeutschland beziehungsweise die neuen Länder mit anderen Fällen zu vergleichen und so die Gültigkeit von Ursache-Wirkungs-Vermutungen stärker zu prüfen. Dabei sollten statistische und interpretative Verfahren miteinander verbunden werden. Letztere sind es, die besonders von Vertretern der „Ostdeutschland-als-Konstrukt-Perspektive“ genutzt werden.

Viele Autoren sehen den Bedarf eines Wandels auch der theoretischen Auseinandersetzung mit Deutschland Ost und West und der Demokratien – gewissermaßen spiegelbildlich zum Wandel trotz Annäherung in den empirischen Befunden. Untersucht werden sollten Krisen- und Machtphänomene der Demokratie (Segert, Kollmorgen i.d.B.), der mögliche globale Wandel hin zu einer Politik und Gesellschaft der Nachhaltigkeit (Thumfart i.d.B.), die Entwicklung einer lebenszyklusbasierten Beschäftigungspolitik (Nickel i.d.B.), die Angemessenheit der Wirtschaftspolitik und ihr Effekt auf die Gesellschaft (Ragnitz, Czada i.d.B.). Hartmut Rosa und Steffen Schmidt entwickeln ein Modell zur Erklärung sozialen Wandels auch über die Region Ostdeutschland hinaus. Ähnliches fordert Anna Schwarz für die Problematik der politischen Kultur, damit ihre theoretisch-konzeptionelle Er-

fassung dem generell gewandelten Selbstverständnis von Bürgern gegenüber der Politik und dem aktuellen partizipationsorientierten Demokratieverständnis besser gerecht werde. Hans Vorländer fordert eine verstärkte theoretische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Verfassungen verschiedener politischer Ebenen, z.B. der Bundes- und der Länderebene.

5. Regionalisieren und entfinalisieren - Der Bedarf einer neuen Deutschlandforschung

Nimmt man die Beobachtungen und Kommentierungen des Wandels trotz Annäherung ernst, dann bedarf die Forschung zu Deutschland einer Erweiterung ihrer bisherigen Sichtweisen. Sie sollte

- nicht mehr nur die Politiken, Prozesse und traditionellen Institutionen auf Bundesebene fokussieren, sondern auch die Länder und Regionen systematisch berücksichtigen;
- nicht mehr nur danach fragen, ob Ost- und Westdeutschland zusammengewachsen sind, sondern die Einbettung der Annäherungsprozesse in den Gesamtkontext beobachten und dabei Wechselwirkungen von Einzelprozessen berücksichtigen;
- nicht mehr nur Kontinuitäten aufzeigen, sondern das Unfertige, Dynamische im politischen System der Bundesrepublik Deutschland erkennen und dabei die Länder als Experimentierfelder für neue politische, institutionelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Arrangements im Mehrebenensystem aus Bund, Ländern und Europa einschließen.

Die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland sollte somit regionalisiert und entfinalisiert, das heißt nicht als im Wesentlichen beendet, betrachtet werden. Generell könnten die Ergebnisse der Forschung zur europäischen Integration, zum (deutschen) Föderalismus, zu Systemwechseln und sozialem Wandel stärker miteinander verbunden werden. Ostdeutschland sollte in dieser Forschung als ausdifferenzierte Region neben anderen betrachtet werden, ohne freilich systematische empirische Unterschiede zwischen den früheren Staatsgebieten aus politischen Gründen unter den Tisch zu kehren.

Diese veränderte Forschungsausrichtung hilft dabei zu sondieren, wie viel Heterogenität eine Region, ein Land verkraftet, wie Akteure Risiken verarbeiten, welches Verhältnis aus Ordnung und Wandel angemessen ist, inwiefern sich Entwicklung politisch steuern lässt, ob Annäherung und Wandel immer Fortschritt in normativer Hinsicht bedeuten.

Die Sammlung offener Fragen am Ende des Bandes zeigt, wie konkret Forschung dieser Art aussehen kann, wo Neugier und Wissensdrang künftig befriedigt werden können. Oft geht es dabei nicht nur darum, Prozesse des Wandels zu ver-

stehen, sondern daraus auch konkrete Schlüsse und Konzepte zu entwickeln – ob nun für die Verknüpfung von technologischem Wandel und Beschäftigungspolitik, für die künftige Gestaltung regionaler Schrumpfungsprozesse, für die Veränderung kollektiver Identitäten im Zuge der europäischen Integration oder für den Umgang mit Demokratieskepsis oder Fragmentierung der Gesellschaft in der politischen Bildung. So angelegt, können die Sozialwissenschaften auch künftig einen wichtigen Beitrag zur Diagnose und Behebung von Problemen in Gegenwartsgesellschaften leisten.

Literatur

- Ahbe, Thomas*, 2004: Die Konstruktion der Ostdeutschen. Diskursive Spannungen, Stereotype und Identitäten seit 1989, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42/2004*, 12-22.
- Bahr, Egon*, 1973: *Zeitschrift Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik*, Heft 8, S. 862-865.
- Brandt, Willy*, 1973: *Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik*, Frankfurt am Main.
- Clucas, Sascha/Gersdorff, Andrea von/Lorenz, Astrid*, 2010: Tagungsbericht Ostdeutschland und die Politikwissenschaft. Eine Bilanz 20 Jahre nach der (Wieder-)Vereinigung, Humboldt-Universität zu Berlin, 30.09.-02.10.2010, in: *Portal für Politikwissenschaft*. In: <http://www.pw-portal.de/Tagungsberichte/TB%20Ostdeutschland.pdf>; 28.6.2011.
- Jürgs, Michael*, 2009: *Wie geht's, Deutschland? Eine Bilanz der Einheit*. München.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank* (Hrsg.) 2006: *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Niedermayer, Oskar*, 2002: Nach der Vereinigung: Der Trend zum fluiden Fünfparteiensystem, in: *Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard* (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*. Wiesbaden, S. 107-127.
- Oberreuter, Heinrich*, 2010: *Wendezeiten. Zeitgeschichte als Prägekraft politischer Kultur*. München.
- Pates, Rebecca/Schochow, Maximilian* (Hrsg.), 2011: *Der „Ossi“*. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer. Wiesbaden.